

## TOP 4 c

Antragsteller/innen: Thomas Lange (KV Kiel) u.a.

Gegenstand:

Anmerkungen:

### **Ganz Schleswig-Holstein braucht eine digitale Zukunft**

1 *Der Kleine Parteitag möge beschließen:*

2 **Ganz Schleswig-Holstein braucht eine digitale Zukunft**

3 **- Breitbandversorgung ist auch im ländlichen Raum als allgemeine Daseinsvorsorge**  
4 **zu gewährleisten**

5 Die Breitbandanbindung - also die Verfügbarkeit von schnellen Internetanschlüssen - ist in  
6 Schleswig-Holstein weiterhin alarmierend schlecht. In ca. 800 von 1100 Gemeinden besteht  
7 nicht einmal eine flächendeckende Versorgung mit DSL-Anschlüssen mit einer  
8 Mindestgeschwindigkeit von 1 Mbit/s (DSL 1000 Anschluss).

9 Für diese Gemeinden sind verheerende wirtschaftliche Folgen zu befürchten. Im privaten wie  
10 auch im geschäftlichen Bereich gehört ein schneller Internetzugang ebenso zur  
11 Daseinsvorsorge wie Strom, Wasser oder Telefon. Ein kostengünstiger, verlässlich schneller  
12 Internetzugang wird heutzutage als Selbstverständlichkeit angesehen und entscheidet über  
13 die Attraktivität eines Orts oder Stadtteils. Dies gilt für alle Altersgruppen, für Familien ebenso  
14 wie für Alleinstehende und natürlich auch für Gewerbetreibende.

15 Die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaft bedeutet zeitgleich mit dem  
16 bestehenden Breitbandversorgungsgefälle, dass die Möglichkeiten gesellschaftlich zu  
17 partizipieren zwischen Stadt und Land noch weiter auseinanderklaffen. Schon heute drehen  
18 sich wichtige öffentliche Debatten um Anwendungen und Dienste, die ein großer Teil der  
19 Schleswig-HolsteinerInnen wegen fehlender Bandbreite nicht in Anspruch nehmen kann (z.B.  
20 Google Earth, bestimmte soziale Netzwerke). Für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein ist  
21 dieses Gefälle nicht länger hinnehmbar, denn eine flächendeckende Breitbandversorgung ist  
22 nicht nur eine technische Frage von Modernisierung, sondern auch eine Frage der  
23 gleichberechtigten Teilhabe an Kommunikationsabläufen und Diskursen unserer  
24 Gesellschaft.

25 Entgegen der Erwartung von EU, Bundes- und Landesregierung regelt der Markt allein die  
26 flächendeckende Versorgung mit Breitbandverbindungen nicht. Anbieter von  
27 Breitbandtechnologien investieren nur langsam in einen Ausbau der Breitbandversorgung im  
28 ländlichen Raum, da diese sich auf Grund der relativ geringen Kundenzahl Investitionen erst  
29 nach langer Zeit rentieren. Wer nur auf den Markt setzt, riskiert, dass auch in Zukunft keine  
30 vollständige Breitbandinfrastruktur erreicht werden kann.

31 Wir brauchen daher neue wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, um eine  
32 flächendeckende Versorgung für Bürgerinnen und Bürger, sowie Unternehmen auch im  
33 ländlichen Raum sicherzustellen. Dazu gehört, dass die Möglichkeit schneller  
34 Internetverbindungen heute genauso als Teil der Daseinsvorsorge angesehen wird wie  
35 Wasser und Abwasser, Strom oder Telefon.

36 Die erklärten Ziele zur Schaffung einer flächendeckenden Breitbandverbindung sind schon

37 heute nicht mehr ausreichend. Experten gehen davon aus, dass der Bedarf an schnellen  
38 Internetverbindungen jedes Jahr um 50% steigt. Schon heute existieren digitale Angebote,  
39 die mit DSL-Anschlüssen mit einer Geschwindigkeit unterhalb von 25 Mbit/s nicht nutzbar  
40 sind. Eine Förderung von Technologien unterhalb dieser Geschwindigkeit beinhaltet die  
41 Gefahr der Festschreibung eines nicht zukunftsfesten Standards.

42  
43 **Der Kleine Parteitag von Bündnis 90/ Die Grünen fordert daher auf,**

- 44     □ 1. die Bemühungen zu verstärken, eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur zu  
45     gewährleisten, die nicht nur auf hochfrequenten elektromagnetischen Feldern  
46     basiert, und damit sämtlichen Haushalten und Gemeinden in Schleswig-Holstein  
47     Breitbandanschlüsse sicherzustellen.
- 48     □ 2. die Ziele der Breitbandstrategie zu überarbeiten und eine Versorgung von 90  
49     Prozent der Bevölkerung mit mindestens 50 Mbit/s für das Jahr 2015  
50     festzuschreiben.
- 51     □ 3. das Verlegen von Leerrohren bei der Erschließung neuer Wohn- und  
52     Gewerbegebiete und bei der Instandhaltung von Straßen und Kanalisation in  
53     Kooperation mit den Gemeinden sicherzustellen und zu fördern. Dabei ist darauf zu  
54     achten, dass eine zukünftige Nutzung durch mehrere Anbieter möglich ist.
- 55     □ 4. die Anstrengungen zu verstärken, die Gemeinden im ländlichen Raum über die  
56     gemeindlichen Möglichkeiten und öffentliche Fördermittel (europäische  
57     Strukturfonds und andere Beihilfen) zu informieren und beraten.
- 58     □ 5. sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die EG-  
59     Universaldienstrichtlinie (2002/22/EG) so ausgestaltet wird, dass die  
60     Breitbandversorgung zum Universaldienst erklärt wird, damit eine  
61     technologieneutrale Verpflichtung zur flächendeckenden Versorgung  
62     anbieterunabhängig gewährleistet wird.

63 \*\*\*

64 **AntragstellerInnen:**

- 65     □ Thomas Lange (KV Kiel),
- 66     □ Thorsten Fürther (KV Lübeck),
- 67     □ Marlene Löhr (KV Flensburg)
- 68     □ Andreas Tietze (KV Nordfriesland)
- 69     □ Lydia Rudow (Grüne Jugend, KV Kiel)
- 70     □ Michael Scholt (KV Kiel)
- 71     □ Jörn Pohl (KV Kiel)

72

73